

22. September 2020

Ulrike Bartel
Vorsitzende
Claudia Kajatin
Geschäftsführerin

Heiligengeisthof 3
18055 Rostock

Telefon: 0381 - 490 24 42
Fax: 0381 - 37 77 54 97
info@landesfrauenrat-mv.de
www.landesfrauenrat-mv.de

AmtsG Neubrandenburg
VR 436

Presseinformation Konferenz der Landesfrauenräte: Geschlechtergerecht aus der Krise

Unter Vorsitz des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V. ging am Wochenende die online-Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) mit mehr als 100 Teilnehmer*innen aus dem Bundesgebiet erfolgreich zu Ende. Seit 1996 tagt der Zusammenschluss aller 16 bundesdeutschen Landesfrauenräte mit rotierendem Vorsitz einmal im Jahr.

„Die Covid-19-Krise hat gezeigt, Frauen stellen mit ihrer zum großen Teil schlecht-bezahlten Arbeit in systemrelevanten Berufen und ihrer unbezahlten Care- und Sorgearbeit die Grundversorgung der Gesellschaft sicher und tragen so die Hauptlast in der Krise. Viel zu spät sind jedoch die Auswirkungen dieser Mehrfachbelastung (Betreuung, mobiles Arbeiten, Homeschooling und Haushalt) von Frauen und Müttern in den Blick von Entscheidungsträger*innen geraten“, heißt es in der Resolution „Geschlechtergerecht aus der Krise“.

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die paritätische Besetzung von Krisenstäben und Entscheidungsgremien unter Einbeziehung der Frauen- und Gleichstellungsministerien und Frauenverbände. Die Vorsitzende des Landesfrauenrates M-V, Ulrike Bartel, betont: „Es braucht Konzepte, wie die Gesellschaft geschlechtergerecht aus der Krise kommt und die Nachteile, die Frauen im Lockdown hatten, wirksam ausgeglichen werden können. Deshalb sei es auch wichtig, öffentliche Mittel geschlechtergerecht zu verwenden.“ Es braucht darüber hinaus noch mehr, stellen die Landesfrauenräte fest – etwa

- ✓ die Aufwertung bezahlter Care-Arbeit durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlung, auskömmliche Personaluntergrenzen und Pflegebemessung im Pflegesektor sowie der Anspruch, dass Krankenhäuser zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören und kein Feld der Gewinnmaximierung sind.
- ✓ ein Konzept für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Krisenzeiten oder
- ✓ die Erweiterung der kritischen Infrastruktur in Ausnahmesituationen sowie die Umsetzung der Istanbul-Konvention als krisensichere Struktur in kritischen Bereichen (z.B. Frauenhäuser)

Des Weiteren diskutierten die Vertreter*innen aus den Bundesländern intensiv den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland und verabschiedete die Resolution „Istanbul-Konvention – endlich umsetzen – auch in Ländern und Kommunen“. Bei der Istanbul-Konvention handelt es sich um ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. 2011 wurde dieser völkerrechtliche Vertrag ausgearbeitet und damit eine verbindliche Rechtsnormen geschaffen.

Die KLFR fordert weiterhin in einem Beschluss, dass die laufenden Debatten zur Umbenennung von Straßen und Plätzen, z.B. wegen der Aufarbeitung der Historie der Kolonialzeit, des NS-Regimes etc., genutzt werden, um Frauen der Geschichte, aus Kultur und Wissenschaft endlich sichtbar werden zu lassen und zu würdigen.

Darüber hinaus fordert die KLFR die Erarbeitung und Umsetzung eines nachhaltigen Konzeptes, das Finanz- und ökonomisches Wissen für alle Schulformen verpflichtend unter Einsatz moderner Medien und Lerntechniken mit dem Ziel verankert, insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer eigenständigen Existenzsicherung zu schaffen, um somit langfristig die Altersarmut von Frauen zu überwinden.

Die Konferenz der Landesfrauenräte wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Kontakt: Ulrike Bartel, Vorsitzende des Landesfrauenrates M-V, ulrike.bartel@starkmachen.de, 0160 4800 608

V.i.S.d.P.: Ulrike Bartel

Bild: Teilnehmer*innen aus den Landesfrauenräten der Bundesländer